

Presseinformation

Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP)
Koordinierungskreis
www.die-soziale-bewegung.de



Wahlversprechen auf dem Prüfstand - Soziale Initiativen unterstützen Vorstoß zu Mindestlohn und Regelsatz

In einer Erklärung hat das Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP) den Vorstoß der Partei Die Linke begrüßt, im neuen Bundestag einen gesetzlichen Mindestlohn und eine Erhöhung des Regelsatzes zeitnah zu beschließen.

Das ABSP fordert einen Mindestlohn von 10 Euro lohnsteuerfrei, um mit Arbeit tatsächlich Armut überwinden zu können. Einen Regelsatz von 500 Euro hält das ABSP für erforderlich um ein soziokulturelles Existenzminimum zu gewährleisten.

In der Erklärung heißt es:

Das Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP) hat sich auf seinem Bundestreffen in Göttingen am 12.10.2013 mit den „Fünf Initiativen für mehr Gerechtigkeit und soziale Sicherheit“ der Fraktion DIE LINKE vom 9.10.2013 beschäftigt. Das ABSP unterstützt diese Initiative. DIE LINKE kündigt an, „Unmittelbar nach der Konstituierung des Bundestages ... parlamentarische Initiativen ein(zu)bringen, die den Mehrheitswillen der Bevölkerung abbilden und sowohl von der SPD als auch den GRÜNEN und uns im Wahlkampf gleichermaßen gefordert wurden“.

Diese Initiative der LINKEN beruht auf ihren geplanten parlamentarischen Initiativen in den ersten hundert Tagen vom 8.10.2013 zu ihren politischen Einstiegsprojekten für einen Politikwechsel in der kommenden Wahlperiode, in denen es heißt:

- „Wir werden beantragen: den flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn in Höhe von 10 Euro pro Stunde mit einer stetigen Dynamisierungsperspektive“;
- „Wir wollen ein Land ohne Armut: Als ersten Schritt zur Überwindung des Hartz-Systems werden wir beantragen, die Hartz-IV-Sätze auf 500 Euro zu erhöhen, so dass sie das soziokulturelle Existenzminimum abdecken“.

Als ABSP setzen wir uns seit Jahren für einen gesetzlichen Mindestlohn, lohnsteuerfrei, von 10 Euro und einen Regelsatz von 500 statt 382 Euro im Sozialgesetzbuch ein. Unsere Forderungen finden wir jetzt auch in den Einstiegsprojekten der LINKEN. Der parlamentarische Vorstoß der LINKEN schon zu Beginn der Wahlperiode trifft ins Schwarze als eine wichtige und für die Situation auf dem Arbeitsmarkt dringend notwendige Initiative. Sie muss und kann auch von den anderen in den Bundestag gewählten Parteien unterstützt und umgesetzt werden.

Wir begrüßen und unterstützen auch die Intention der Partei DIE LINKE, den Bundestag jenseits von Koalitionsverträgen und Fraktionszwang von einem Mehrheitsbeschaffer der Regierung zu einer echten demokratischen Repräsentanz zu entwickeln. Insbesondere der mehrheitlich von der Bevölkerung gewünschte gesetzliche Mindestlohn ist dabei für uns von zentraler Bedeutung für die Legitimität einer parlamentarischen Instanz.

Pressekontakt:
Edgar Schu
Tel.: 0179 672 9724

Im Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP) haben sich aus Anlass der Hartz-Gesetze soziale Initiativen, Erwerbslosengruppen und engagierte Einzelpersonen eine bundesweite Dachorganisation geschaffen. Ziel ist, die Verhältnisse im Sinne der Erhaltung oder Wiedergewinnung der Würde für alle Menschen, besonders der ärmsten und an den Rand gedrängten, zu verändern. In diesem Sinne hat sich das ABSP bundesweit an Protesten gegen Sozialabbau und Antikrisenpolitik beteiligt.
Näheres unter <http://www.die-soziale-bewegung.de>